



Petition

an die in der Stadtvertretung Norderstedt vertretenen Fraktionen

Kommunaler Wohnungsbau in Norderstedt statt Elendsverwaltung

Sehr geehrte Parteipolitikerinnen und Parteipolitiker,

Seit Jahren spitzt sich die Situation auf dem Norderstedter Wohnungsmarkt immer mehr zu. Es fehlt bezahlbarer Wohnraum, insbesondere Mietangebote, die sich preislich im Rahmen der geltenden Mietobergrenzen der Sozialleistungsträger bewegen.

In den letzten Jahren sind Tausende von öffentlich geförderten Wohnungen aus der Sozialpreisbindung herausgefallen. Davon ist nur ein Bruchteil durch Neubauten ersetzt worden.

Diese Situation belastet eine zunehmend diversifizierte Gruppe von Norderstedter Bürgerinnen und Bürgern, die in großer Zahl auf den Markt stürmen. Dazu gehören neben den aktuell Wohnungslosen auch Arbeitslose, anerkannte Geflüchtete, Menschen mit niedrigen Erwerbseinkommen und solche, die trotz Berufstätigkeit aufstockende Sozialleistungen beziehen. Auch Menschen mit kleinen Renten sowie Studierende, Auszubildende und SchülerInnen sind auf bezahlbaren Wohnraum angewiesen, der jedoch nicht hinreichend zur Verfügung steht und wenn, dann nicht an Mieter mit suboptimalen Bedingungen vergeben wird.

Als Vermieter Faustregel wird ein Anteil von 30% des Haushaltsnettoeinkommens für Mietkosten empfohlen. In der Folge haben Menschen mit niedrigerem Einkommen kaum eine Chance, Wohnungen zugesprochen zu bekommen, da Mietpreise stetig steigen und deutlich solvente Mieter bevorzugt werden. In der Realität geben Mieterinnen und Mieter mit geringem Einkommen oft bis zu 60% oder mehr ihres Einkommens für die Miete aus, so dass ihnen nur noch wenig Geld zum Leben bleibt.

Wer eine günstige Wohnung sucht, macht sehr häufig diskriminierende Erfahrungen wie zum Beispiel: Wohnungssuchende, die Leistungen vom Jobcenter beziehen, werden bei Wohnungsanfragen mit dem Satz „vom Amt wollen wir nicht“ abgewiesen. Auch wenn eine negative Schufa-Auskunft vorliegt, besteht praktisch kaum noch eine Chance, eine Wohnung zu bekommen. Familien mit kleinen Kindern haben es ebenso schwer wie junge Erwachsene, bei denen ein Mietvertrag ohne Bürgschaft selten zustande kommt. Die Adressen der Notunterkünfte sind vielen Vermietern bekannt und tragen ein schlechtes Image, das Wohnungssuchenden die Tür vor der Nase zuschlägt.

In der Folge leben immer mehr Einzelpersonen, Paare und Familien in prekären, ungeschützten Wohnsituationen, die sie in Abhängigkeitsverhältnisse bringen und oft sehr schnell in direkte Obdachlosigkeit führen. Aus der Not heraus akzeptieren Menschen unzumutbare und mitunter sittenwidrige Mietverträge wie z.B: Wuchermieten, nicht abschließbare Zimmer oder verschimmelte Wohnungen, die leider auch von Privatvermietenden unter Ausnutzung der Notlage angeboten werden. Mitunter sind besondere Erwartungen damit verbunden, von Pflege bis hin zu sexuellen Dienstleistungen. Auch wurde berichtet, dass Makler Bestechungsgelder von Interessenten angenommen haben.

Diese angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt hat folgende Konsequenzen: Die städtischen Notunterkünfte sind voll belegt. In Einrichtungen wie dem Frauenhaus, der Krisenwohnung des Lichtblick oder betreuten Wohngemeinschaften lebende Menschen „blockieren“ die Plätze für neue Notfälle, da sie keine Folgeunterbringung finden, obwohl sie in der Lage sind, in eigenem Wohnraum zu leben. Durch Trennung, Scheidung oder längerfristige Krankheit geraten auch Menschen aus der Mittelschicht in Wohnungsnot und landen in Notunterkünften, in denen kaum noch Fluktuation stattfindet.

Im schlimmsten Fall stürzen Menschen in dieser existenziell bedrohlichen Situation in Suchterkrankungen oder psychische Erkrankungen ab und sind dann nur noch schwer für Hilfsangebote erreichbar. Menschen, die über längere Zeit keine geregelten Wohnverhältnisse haben, gelingt es nur schwer, in eine „normale“ Alltagsstruktur zurückzufinden.

Wohnungslosigkeit bzw. eine fehlende Meldeadresse verunmöglicht oftmals die Integration in den Arbeitsmarkt und erschwert zusätzlich den Ausweg aus der Krise.

Menschen in Not werden auf dem freien Wohnungsmarkt systematisch ausgegrenzt. Es handelt sich hier um eine massive soziale Spaltung, die sozial gefährlich ist. Für die Kommune verursachen Obdach- und Wohnungslosigkeit in hoher Zahl langfristig hohe Folgekosten für Unterkünfte, ordnungsrechtliche Einsätze, Reintegrationsmaßnahmen und dergleichen. Letztlich ist dieses Ausmaß der Verelendung ethisch nicht vertretbar.

Das Recht auf Wohnen hat die UN in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte im Artikel 25, Abs.1 festgeschrieben: "Jeder hat das Recht auf einen Lebensstandard, der sich und seiner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Versorgung und notwendige soziale Leistungen, sowie das Recht auf Sicherheit im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität oder Verwitwung, im Alter sowie bei anderweitigem Verlust seiner Unterhaltsmittel durch unverschuldete Umstände."

Eine Kommunale Wohnungsbaugesellschaft könnte nach unserer Überzeugung dem Problem Abhilfe schaffen, in dem sie denjenigen bezahlbaren Wohnraum bietet, die auf dem freien Markt keine Chance haben. Sie bestimmt selbst über Auswahl der Interessierten und kann frei entscheiden, so dass auch verschuldete Menschen, Arbeitslose, finanziell Arme, Ältere, Familien und Wohnungslose eine Chance auf geregelte und menschenwürdige Wohnverhältnisse erhalten.

Unsere psychosozialen Einrichtungen möchten erfolgreich arbeiten! Die Erfahrungen in der Sozialen Arbeit zeigen immer wieder, wie wichtig geregelte Wohnverhältnisse für das Leben eines Menschen sind. Ein Verlust der Wohnung führt oftmals zu einer Abwärtsspirale in vielen Lebensbereichen, die nur schwer aufzuhalten oder umzukehren ist. Auf der Grundlage gesicherter Wohnverhältnisse hingegen können unsere Integrationsbemühungen Früchte tragen. Dabei geht es um Lebensqualität für benachteiligte Personengruppen, die Übernahme von Eigenverantwortung und schließlich die Sicherung der Existenz durch Arbeit – im Rahmen der jeweiligen Möglichkeiten.

Wir bitten Sie, den kommunalen Wohnungsbau in Norderstedt ins Leben zu rufen, um wohnungslosen Menschen das Grundrecht auf bezahlbares, menschenwürdiges Wohnen zu gewähren!

Für den Arbeitskreis „Obdach für alle“ (AKO):

Tagesaufenthaltsstätte TAS
Beratungsstelle für Wohnungslose
Tabea Müller
Einrichtungsleitung

Lichtblick
Straßensozialarbeit-Krisenwohnung-Beratung
Hauke Oje
Jana Meyer

AWO Schleswig-Holstein GmbH
Schuldnerberatung Norderstedt
Andreas Ruth

Mieterverein Norderstedt e.V.
Kurt Plagemann

ATS - Ambulante und Teilstationäre Suchthilfe
Bettina Sommerburg
Regionalleitung ATS Norderstedt

ATP - Ambulante und teilstationäre Psychiatrie
Karin Engel
Regionalleitung